



Küsnachter

Lokalzeitung für Zumikon, Erlenbach,
Zollikon, Zollikerberg, Forch und Herrliberg

www.garage-johann-frei.ch



Ihr VW Partner in
Zürich-Seeefeld

Garage Johann Frei

Verkauf
Eintausch
Reparaturen
Spenglerei

AKTION
**Frühlings-
Check**
• schnell + kostengünstig

Garage Johann Frei AG · 8008 Zürich
Wildbachstrasse 31/33 · Tel. 044 421 50 60

Erscheint 1-mal wöchentlich, am Donnerstag Herausgeber: Lokalinfo AG, Buckhauserstrasse 11, 8048 Zürich Verlag Tel. 044 913 53 33, Fax 044 910 87 72 www.lokalinfo.ch



Im Centro in Erlenbach wurden am Samstag rege diskutiert. Foto: A. Just

Lebendiges erstes Quartierforum

Die öV-Anbindung und ein Treffpunkt waren die zentralen Themen am ersten Quartierforum in Erlenbach.

Knapp 40 Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers Oberer Lerchenberg und Bruppach haben am ersten Quartierforum in Erlenbach

teilgenommen. Diskutiert wurden Wünsche und Vorstellungen für die Quartierentwicklung, die in erster Linie auch von den Bewohnern umgesetzt werden können. So kam etwa eine Standseilbahn vom Bahnhof den Hang hinauf nicht in die Projektierungsphase. Andere Ideen, die weiter verfolgt werden sollen, klingen hingegen verheissungsvoll.

Artikel Seite 9

Politiker diskutieren an der «Kanti»

An einem Politikpodium an der Kantonsschule Küsnacht diskutierten vier Politiker von links bis rechts über drei Abstimmungsvorlagen vom 5. Juni.

Oliver Linow

«Bei der Asylgesetzrevision ist es dann vorbei mit der Einigkeit und der Harmonie hier auf dem Podium», kündigte SVP-Nationalrat Mauro Tuena an. So hitzig, wie man nach dieser «Androhung» hätte annehmen können, wurde es zwar nicht, trotzdem waren die Positionen an der Veranstaltung, die von einer Gruppe junger Studenten organisiert wurde, klar verteilt. Während sich die Rechten normalerweise für möglichst schnelle Asylverfahren aussprechen und die Linken diese eher bekämpfen, waren die Meinungen in diesem Fall genau umgekehrt. «Wir sind ganz klar für schnelle Asylverfahren», betonte Tuena. Trotzdem bekämpft er die Gesetzesrevision, die am 5. Juni vors Volk kommt mit Vehemenz. Ausschlaggebend sind dafür zwei Punkte: Erstens sieht die Vorlage vor, dass jeder Asylsuchende gratis einen Rechtsbeistand erhält. Dies führt laut dem SVP-Mann dazu, dass jedes abgelehnte Verfahren bis zum Bundesgericht durchprozessiert werde. Sei es um Zeit zu



Daniel Vischer, Mattea Meyer, Claudia Geiser, Mauro Tuena (v.l.). Foto: oli

schinden oder doch noch eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Ausserdem steige damit die Attraktivität der Schweiz als Flüchtlingsland weiter. Als zweiten Problempunkt sah Tuena, dass der Bund die Möglichkeit erhält, zum Beispiel Landwirte zu enteignen, um Asylunterkünfte zu bauen. In beiden Punkten widersprach Claudia Geiser, Co-Leiterin der Jungen GLP Zürich dem Nationalrat vehement. «Durch die verkürzten Asylverfahren sinkt die Attraktivität der Schweiz, da Flüchtlinge viel schneller abgeschoben werden können», erklärte die Jungpolitikerin. Das Argument der Enteignung hielt sie für reine Polemik, da es faktisch nicht dazu kommen werde. Für den

Bau seien Plangenehmigungsverfahren notwendig, wie sie heute bereits beim Bau von Strassen oder Rekrutenunterkünften benötigt werden. Unterstützung erhielt Geiser von Mattea Meyer. «Für Asylsuchende ist es extrem schlimm, wenn sie zum Teil mehrere Jahre auf einen Entscheid warten müssen, ohne dass sie arbeiten oder sich ausbilden können», erklärte die SP-Nationalrätin. Trotzdem ortete auch sie kritische Punkte in der Vorlage. So wird die Beschwerdefrist bei einem abgelehnten Asylantrag von 30 auf 7 Tage verkürzt. «Dies ist eine extrem kurze Zeit», so die SP-Frau. Auch der Grüne Alt-Na-

Fortsetzung auf Seite 3

Podium in Zumikon

In Zumikon entstand eine angeregte Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen. Während sich im Saal mehrheitlich Befürworter befanden, waren sich die Podiumsgäste nicht einig über Chancen und Risiken. Seite 3

Schulbus in Küsnacht

Der Schulbus in den Küsnachterberg wird übergangsmässig an die Firma Weder Transporte ausgelagert. Aus der Mitfahrgelegenheit für Privatpersonen wird daher wohl vorerst nichts. Eine längerfristige Lösung ist in Arbeit. Seite 5

Quartierforum in Erlenbach

Für das Quartier «Oberer Lerchenberg und Bruppach» sollte das Quartierforum den sozialen Zusammenhalt stärken. Ideen wie bessere öV-Verbindungen, eine Bäckerei und ein Café als Treffpunkt fanden grossen Anklang. Seite 9


JOCHEN POHL
ZEITLOSE ELEGANZ



kohinor juwelen

Dorfstrasse 17 · 8700 Küsnacht
Tel. 044 910 12 50
www.kohinor.ch

Breiti Herrliberg
044 915 14 95
www.rest-breiti.ch

Jeden Abend
Cordon-bleu Paradies

ERLIBACHERHOF

044 910 55 22
www.erlibacherhof.com

KERAMIK-STALL FORCH
TREFFPUNKT FÜR GARTENFREUNDE
UND KUNSTLIEBHABER



Esther Würsch
General-Guisan-Strasse
CH-8127 Forch
Tel. +41 (0)44 918 17 23
info@keramik-stall.ch
www.keramik-stall.ch

Sa, 9.00–16.00 Uhr April bis Ende Juni auch
oder nach Vereinbarung Di–Fr, 14.00–18.00 Uhr

NEUE ÖFFNUNGSZEITEN

In Blumenladen und Gärtnerei sind wir
neu ganzjährig für Sie da:
Montag-Freitag: 8 - 11.45 / 13 - 17.30
Samstag: 8 - 13

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Gärtnerei und Gartenunterhalt
gaertnerei@martin-stiftung.ch
Telefon 043 277 44 00, www.martin-stiftung.ch

ANDERS MIT AUSSICHT

MARTIN stiftung

Darauf
stehen
Sie.

www.blaserag.ch

Bl

Blaser Bodenbeläge

BonnieFit
Fitness · Wellness · Beauty · Bistro

Think BONNIE – we do!

Walking / Nordic Walking



für Jahresmitglieder gratis

Dorfstrasse 9 · 8700 Küsnacht · 044 912 22 00 · www.bonnie.ch



Uneinig über Chancen und Risiken des BGE: Philosoph Cheneval, Wirtschaftsjournalist Löpfe, Mit-Initiant und Ökonom Müller, Ständerat und Unternehmer Noser und Ökonom Rühli (v. l.).

Zeitgemässer Paradigmenwechsel oder unnötiges Risiko?

Laut Umfragen soll das Nein zur Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen schon beschlossen sein. Trotzdem stösst das Thema auf sehr grosses Interesse. So auch an einem Podium in Zumikon.

Annina Just

Die einen sehen im bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) eine Möglichkeit für mehr Chancengleichheit und individuelle Freiheit, die anderen eine Gefahr für die Wirtschaft, der Beginn einer Zweiklassengesellschaft und eine Abhängigkeit vom Staat: Auch wenn die Positionen am Zumiker Podium zur Initiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen», die am 5. Juni vors Volk kommt, weit auseinander lagen, ergab sich im Zumiker Gemeindesaal vergangene Woche eine angeregte und intensive Diskussion. Die hochkarätig besetzte Podiumsrunde, die vom neu gegründeten Zumiker «Verein für Zukunftsfragen» organisiert wurde, lockte gut 90 Zuhörerinnen und Zuhörer an – mehrheitlich Befürworter der Initiative. Diese Zusammensetzung ist wohl mit der Gesinnung des Organisationskomitees zu erklären und spiegelt nicht etwa die Umfrageresultate wider, denn diese prophezeien eine deutliche Ablehnung der Initiative.

Zu Beginn wollte Moderator Dennis Bühler – der Zolliker ist Bundeshausredaktor bei der «Südostschweiz» und der «Aargauer Zeitung» – von allen Teilnehmern wissen, ob sie mit einem bedingungslosen Grundeinkom-

men zur Zeit ihrer Jugend heute am gleichen Ort in Leben stehen würden. «Ich hätte mir sehr wahrscheinlich überlegt, wo man sonst mit diesem Geld leben könnte», gab Ständerat Ruedi Noser (FDP) zu. Auch Lukas Rühli von Avenir Suisse räumte ein, dass er weniger Anreiz zum Arbeiten und sich als Student wohl nicht um einen Nebenjob bemüht hätte. «Der Druck, Geld zu verdienen, verleitet einen zum Arbeiten und dies gibt Befriedigung», meinte der Ökonom.

Christian Müller, Mitinitiant des BGE, glaubt hingegen, dass sein Leben in ähnlichen Bahnen verlaufen wäre, denn durch die Unterstützung seiner Eltern während der Ausbildung habe er theoretisch ein Grundeinkommen gehabt. «Das BGE würde bewirken, dass es allen so geht, egal wie die Eltern situiert sind.»

Ausweitung der AHV

Philipp Löpfe, Wirtschaftsjournalist beim Onlineportal Watson, nutzte die Gelegenheit, um klarzustellen, dass sich die Frage nach einem BGE auf die Lage am Arbeitsmarkt beziehen sollte. «In den 70er-Jahren war die Situation ganz anders, damals hat es kein bedingungsloses Grundeinkommen gebraucht», so der ehemalige Chefredaktor des «SonntagsBlicks» und des «Tages-Anzeigers». Wieso er der Meinung ist, dass es in Zukunft ein solches brauche, führte er etwas später aus: «Es gibt zwei Lager: Diejenigen, die glauben unsere Wirtschaftsordnung könne noch 50 bis 100 Jahre so weiterfunktionieren, und diejenigen, die uns am Ende eines Zyklus sehen.» Er selbst gehöre zur zweiten Gruppe. Es sei aber völlig absurd, nun schon über die Finanzierung und die

Höhe des Grundeinkommens zu diskutieren, meinte der 62-Jährige, der mehrfach zum Wirtschaftsjournalisten des Jahres gekürt wurde. Es müsse viel eher darüber gesprochen werden, wie diese Herausforderungen zu meistern seien. Damit meinte er insbesondere die Verschiebung einer hohen Erwerbsquote vom Produktions- in den Dienstleistungssektor sowie die neu entstandene digitale Branche. Er verglich die aktuelle Situation mit dem Übergang von der Agrar- zu Industriegesellschaft. Als Folge davon habe man die AHV eingeführt; nun brauche es eine neue derartige Versicherung: «Das Grundeinkommen ist im Prinzip eine Ausweitung der AHV.»

Noser sah hingegen ein Problem darin, dass viele Menschen, die in der digitalen Branche arbeiten, oft sehr ortsungebunden leben. «Man müsste mit einem Grundeinkommen kontrollieren, dass das Geld auch in der Schweiz ausgegeben wird», meinte er. Dafür brauche es hunderte von Regeln und Kontrollen, sodass der Mensch schliesslich viel weniger frei wäre. «Die Initianten wären also die ersten, die dagegen wären», so Nosers Prognose. Ob das BGE als eine Bevormundung oder grössere Freiheit bedeuten würde, wollte Bühler dann vom fünften Gast in der Runde wissen. Francis Cheneval ist Professor für Politische Philosophie an der Universität Zürich. Doch der Philosoph kann für sich selbst nicht abschliessend beantworten, ob denn ein Mensch Anrecht auf einen Teil des Kuchens habe, an dessen Erschaffung er sich gar nicht beteiligt hat. Daher konnte er sich auch nicht zu einem Entscheid zwischen Freiheit oder Bevormundung durchringen. Ihm war es hingegen

wichtig zu betonen, dass Arbeit nicht einfach vorhanden sei. «Sie beruht auf Leuten, die produktiv arbeiten, denn diese schaffen Arbeitsplätze.»

Anreize, sich zurückzuziehen

Die Frage des Moderators, ob man mit einem BGE nicht die Errungenschaften der Schweiz, die Arbeitsplätze und das Bildungssystem gefährden würde, brachte Befürworter Müller zur Feststellung, dass unsere Ummünzung von Leistung in Wert sowieso komplett verrückt sei. Sie basiere auf der Leistung unserer Vorgänger. «Es ist nun an der Zeit, dass alle von diesen guten Voraussetzungen profitieren können», meinte der HSG-Absolvent. Für ihn wäre das erreicht, wenn sich jeder die Frage nach einer sinnvollen Betätigung und somit nach dem eigenen Beitrag zur Erhaltung des Wohlstandes, stellen könnte.

Noser gab darauf einerseits zu bedenken, dass die Schweiz zuerst aus den Schulden herauskommen müsste, sprich, dass das BGE nicht finanzierbar sei. Ein Argument, das aber von den Befürwortern immer wieder abgeklammert wurde mit dem Einwand, es gehe erst um einen Grundsatzentscheid, um einen «Paradigmenwechsel», wie es Löpfe nannte. Andererseits liess sich der FDP-Mann Noser zu einer optimistischen Prognose für den Arbeitsmarkt verleiten: «Wir müssen keine Angst haben: Unsere Kinder kommen in einen Arbeitsmarkt mit grossen Möglichkeiten.» Die Digitalisierung biete eine einmalige Chance zum Wirtschaftswachstum. Rühli argumentierte gegen das BGE, weil es für «Verlierer dieser Welt» Anreize schaffe, sich zurückzuziehen, und so eine Zweiklassengesellschaft entstehe.

Der fehlende Anreiz zum Arbeiten war neben der angeblichen Nichtfinanzierbarkeit das Hauptargument des Mannes aus der Denkfabrik.

Chenevals Gedankenexperiment, durch die Rückgewinnung von Verkaufsrechten aller persönlichen Daten das Grundeinkommen zu finanzieren, war wohl die einzige Aussage, der alle Beteiligten etwas abgewinnen konnten. Das Ganze schien aber doch zu komplex, um ernsthaft als Idee verfolgt zu werden. Grundsätzlich sei das BGE aber im Hinblick auf Daten wie auch auf Geld ein Mittel, um Macht zu verteilen, betonte Initiant Müller. «Durch wäre man weniger abhängig von denjenigen, die Geld und Daten besitzen.»

Dass es nur bedingt gelang über die Initiative hinaus zu diskutieren, wie es Moderator Bühler zu Beginn gewünscht hatte, lag daran, dass sich die Redner in die von Löpfe formulierten zwei Lager einteilen liessen. Diejenigen, die eine Veränderung für notwendig halten, und diejenigen, die mit dem Status quo mehrheitlich zufrieden sind. Dies wurde spätestens klar, als ein junger Zuhörer sich an Noser richtete und von ihm wissen wollte, was er zu unternehmen gedenke, damit man auch in 50 Jahren noch mit einer AHV-Rente rechnen könne und der Planet Erde nicht unter der stetig wachsenden Wirtschaft kollabiere. «Mit der AHV-Revision bestehen gute Chancen, dass auch Sie einmal eine AHV haben werden und wenn wir genau in Forschung und Innovation investieren, werden auch dann noch genügend Jobs vorhanden sein», meinte der Unternehmer fast etwas lapidar. Den ökologischen Aspekt der Frage liess er gänzlich unbeantwortet.

Kantischüler diskutieren mit Politikern über Abstimmungsvorlagen

Fortsetzung von Seite 1

Nationalrat Daniel Vischer glaubte nicht, dass die Schweiz durch die Revision für Flüchtlinge attraktiver wird. «Ein schnelleres Verfahren hilft denen, die einen positiven Bescheid erhalten. Die, die kaum eine Chance haben, sind nicht an schnellen Verfahren interessiert», war Vischer überzeugt. Neben der Asylgesetzrevision diskutierten die vier Politiker am Politpodium vor rund 100 Schülerinnen und Schülern der Kantonsschule in Küsnacht über das Fortpflanzungsgesetz und das bedingungslose Grundeinkommen (BGE).

Behinderte an den Rand gedrängt

Beim Fortpflanzungsgesetz waren sich die Diskussionsteilnehmer weitgehend einig. Sowohl Mauro Tuena als auch Claudia Geiser und Mattea Meyer sprachen sich klar für das Gesetz aus. Einzig Daniel Vischer war dagegen. Selbst er räumte aber ein, es sei kein Unglück, sollte es ange-

nommen werden. Der ehemalige Nationalrat befürchtete, dass Menschen mit einer Behinderung noch weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, sollte das Gesetz angenommen werden. Dem widersprach Mattea Meyer. Sie sah zwar ebenfalls die Wichtigkeit, Menschen mit einer Behinderung ernst zu nehmen und nicht an den Rand zu drängen. Für die SP-Nationalrätin hängt dies aber nicht mit der Annahme oder der Ablehnung des Gesetzes zusammen. Mauro Tuena betonte zudem, dass betroffene Paare die Tests bereits heute machen würden. «Sie fahren dafür einfach ins Ausland. Durch die strengen Regelungen sind wir zudem weit davon entfernt, perfekte Menschen zu erschaffen, wie das von den Gegnern propagiert wird», erklärte der SVP-Nationalrat weiter. «Die gleichen Tests, die mit einer Annahme vor dem Einsetzen des Embryos in die Gebärmutter gemacht werden, können Frauen bereits jetzt machen», betont auch Gei-

ser. «Einfach erst, wenn sie schwanger sind», fügte die Grünliberale ein weiteres Proargument hinzu.

Grundeinkommen finanzierbar?

«208 Milliarden Franken würde uns das bedingungslose Grundeinkommen pro Jahr kosten. Das ist schlicht nicht finanzierbar», stellte Mauro Tuena gleich zu Beginn seinen Standpunkt klar. Daniel Vischer betonte allerdings, dass rund die Hälfte der geleisteten Arbeit unentgeltlich sei, zum Beispiel in der Pflege oder in der Kindererziehung. «Ausserdem wissen wir nicht, wie sich die Anzahl der Arbeitsplätze mit der ganzen Robotisierung entwickelt», so Vischer. Zur Finanzierung schlug er eine Idee des ehemaligen Bundesratsprechers Oswald Sigg vor, die die Initianten allerdings nicht aufgenommen haben. Seine Idee sei es gewesen, das BGE durch eine Mikrosteuer zu finanzieren, die jede Kontobewegung besteuert. Mit Mattea Meyer sprach sich auch die

SP-Vertretung gegen das BGE aus. Sie wies zwar darauf hin, dass vor allem Frauen extrem viel unbezahlte Arbeit verrichten, sah in der Vorlage allerdings ein grosses Risiko. «Menschen, die nicht arbeiten können, würden massiv unter die Räder geraten, da der Sozialstaat massiv gefährdet würde», meinte Meyer. Sie wies zudem auf einen Gegenvorschlag der SP hin, eine allgemeine Erwerbsversicherung. Diese solle jeder erhalten, der nicht arbeiten kann, aus welchem Grund auch immer. Damit soll verhindert werden, dass sich die heutigen Versicherungen wie AHV und IV die Leute gegenseitig zuschieben.

Claudia Geiser sah in der Vorlage vor allem die Gefahr, vermehrt in eine Abhängigkeit des Staates zu gelangen, da einige Leute nicht mehr arbeiten und sich voll auf das BGE verlassen würden. Ausserdem lobte die Grünliberale das hervorragend funktionierende Sozialsystem in der Schweiz.

ANZEIGEN



Hannes Germann, Präsident Schweizerischer Gemeindeverband und Ständerat, SVP, SH



«Die Initiative ist wohl gut gemeint, aber sie führt zum Gegenteil. Unsere bewährte nationale Infrastruktur würde Schritt für Schritt zerstört, der Service Public geschwächt. Das will niemand!»

Deshalb stimme ich am 5. Juni:

NEIN zur schädlichen Service Public-Initiative

www.servicepublic.ch

Jede Woche das Aktuellste aus dem Quartier:

www.lokalinfo.ch